

Presseinformation

Wiesbaden, den 04. März 2013

Nr. 84

Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn:

**Hessen hat nun als erstes Bundesland
alle seine Kommunen zum Stand ihrer Integrationspolitik befragt**

Weiterer Baustein für eine passgenaue kommunale Integrationspolitik

Der Minister der Justiz, für Integration und Europa und stellvertretende Ministerpräsident **Jörg-Uwe Hahn** stellte am Montag die Ergebnisse der „Befragung der hessischen Kommunen zum Stand ihrer Integrationspolitik“ vor. Vorläufer der Befragung war die 2012 veröffentlichte Studie „Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland“, die im

Auftrag des BMVBS und der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration erstellt wurde.

Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn: „Hessen hat nun als erstes Bundesland alle Kommunen zum Stand ihrer Integrationspolitik befragt. Anders als bei der bundesweiten Studie wurden in unserer Befragung alle hessischen Kommunen beteiligt, um ein umfassendes Bild zur dortigen Integrationspolitik zu erhalten. Der Rücklauf der Befragung war mit 58 Prozent außerordentlich zufriedenstellend. Von den Landkreisen und kreisfreien Städten beteiligten sich sogar 81 Prozent. Der Rücklauf ist für schriftliche Befragungen außerordentlich hoch und zeigt, wie ernst das Thema genommen wird.“

Zur Bedeutung der Studie sagt Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn, sie zeige ein breites Spektrum an integrationspolitischen Maßnahmen, in Großstädten mit hohem Migrantenanteil, aber auch zunehmend in kleineren Gemeinden. Die Studie gebe Empfehlungen für die Entwicklung, Organisation und Durchführung von Integrationspolitik in den Kommunen. Hahn: „Sie gibt den Kommunen wichtige Informationen um Strukturen zu vergleichen. Gemeinsam mit dem Integrationsmonitoring und den Ergebnissen der Modellregionen Integration entsteht ein Leitfaden: Wie gestalten wir ein für unsere Kommune passgenaues, individuelles Konzept.“

Die Studie wurde in Absprache mit den kommunalen Spitzenverbänden erstellt. Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn bat – beispielhaft den Bürgermeister der Stadt Neu-Isenburg, **Herbert Hunkel**, und den Integrationsbeauftragten des Kreises Marburg-Biedenkopf, **Claus Schäfer**, zur Vorstellung der Studie, um zu dokumentieren, dass sich auch in Städten mittlerer Größe und in Mittelhessen integrationspolitisch viel tut.

Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn betonte, jeder vierte Hesse habe einen Migrationshintergrund, das heißt, er ist selbst zugewandert oder mindestens ein Elternteil. Vor diesem Hintergrund unterstütze die Landesregierung die Kommunen bei ihrer Integrationsarbeit, denn: „Integration findet vor Ort statt. Um zielgerichtet handeln zu können benötigen wir wissenschaftlich fundierte Informationen darüber, wie die Integrationspolitik in den hessischen Kommunen ausgestaltet ist, welche Maßnahmen erfolgreich sind und wo Handlungsbedarf besteht.“

Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn zu den Ergebnissen der Studie:

1. Der Bedarf an ausdrücklicher, kommunaler Integrationspolitik hängt stark vom örtlichen Ausländeranteil und der Gemeindegröße ab. In den meisten hessischen Großstädten und Landkreisen mit hohem Migrantenanteil gehört Integrationspolitik bereits seit langer Zeit zum „Tagesgeschäft“, hier existiert ein breites Spektrum an erfolgreichen Integrationsmaßnahmen, aber auch weiterhin großer Handlungsbedarf insbesondere bezüglich der knappen finanziellen Ressourcen.
2. In vielen kleinen, ländlichen Gemeinden steht die Integrationspolitik aufgrund der niedrigen Zahl von Migranten nicht im Vordergrund. Immer mehr mittelgroße Kommunen beginnen mit der Erarbeitung und Umsetzung von Integrationskonzepten.
3. In den Handlungsfeldern „Sprache und Bildung“ sowie „Engagement für Vielfalt und Toleranz“ sind besonders viele Integrationsmaßnahmen angesiedelt, z. B. Lotsenprogramme, Sprachförderung in Kindertagesstätten, Sprachkurse für Mütter und Aufklärungsarbeit mit Jugendlichen zum Thema Rassismus.

Hingegen spielt die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und bislang eine eher untergeordnete Rolle, weil zumeist nur wenige Stellen zur Verfügung stehen. Hinzu kommt, dass es oft an Bewerbern mit Migrationshintergrund fehlt.

4. Auf der anderen Seite sind es oftmals interne Faktoren in einer Kommune, die integrationspolitische Maßnahmen vorantreiben, z.B. ehrenamtliches Engagement oder eine gute Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen, Ausländerbeauftragten und anderen Institutionen. Insbesondere bei der Kinder- und Jugendarbeit werden viele Integrationsangebote als gelungen empfunden.
5. Viele Kommunen betonen, dass Integrationsmaßnahmen verstetigt werden müssen, um nachhaltig zu sein: Weg von Einzelprojekten hin zu regelmäßigen Aktivitäten.
6. Es gibt den Wunsch nach mehr Vernetzung zwischen den Kommunen, denn es besteht großes Synergiepotential, man kann voneinander lernen: Was in einer Kommune gut funktioniert, kann anderen als Vorbild dienen.

7. Hilfreich ist in vielen Kommunen, Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung zu verankern. Durch eine koordinierende Stelle (z. B. Integrationsbüro wie das von Claus Schäfer im Kreis Marburg-Biedenkopf) kommt es zu einer besseren Zusammenarbeit der lokalen Akteure. Integrationsangebote können so effektiver und passgenauer vermittelt werden.
8. Wichtig ist für viele Kommunen die Einbindung in Förderinitiativen des Bundes und des Landes, wobei die Integrationsprogramme des Landes als etwas bedeutsamer angesehen werden als die des Bundes. Mehrere Antwortende betonen, dass ohne die damit verbundene finanzielle und fachliche Unterstützung zahlreiche Integrationsmaßnahmen nicht möglich wären.
9. Das Land Hessen hat mit dem Landesprogramm Modellregionen Integration genau diesen Weg seit nunmehr fast vier Jahren beschritten. Hier hat sich gezeigt, dass eine partnerschaftliche Kooperation zwischen den verschiedenen Handlungsebenen möglich und vor allem zielführend und sinnvoll ist.

Die ausgewählten Beispielkommunen, also **der Landkreis Marburg-Biedenkopf und die Stadt Neu-Isenburg**, messen der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund eine hohe kommunalpolitische Bedeutung zu. Alle abgefragten integrationspolitischen Handlungsfelder (z.B. interkulturelle Öffnung der Verwaltung, Partizipation von Migranten, Sprache und Bildung, sozialräumliche Integration) sind besetzt.

Das Thema ist als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe mittels einer Stabstelle beim Verwaltungschef verankert. Ferner hat Neu-Isenburg 2008 ein Integrationskonzept entwickelt, das 2012/2013 fortgeschrieben wird. Beide Kommunen bewerten den Grad der Vernetzung integrationspolitischer Akteure als „gut“ und unternehmen Maßnahmen, um die Zusammenarbeit zu bessern. Sie besitzen eine langfristige Arbeitsstruktur, die über Einzelprojekte hinausgeht. Mittels Fortbildungen wird die interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter in der Verwaltung gestärkt.

Als besonders gelungene Integrationsanstrengung wird in Neu-Isenburg die „Vernetzung, Wahrnehmung, Stärkung und Einbeziehung der potentiellen interkulturellen Kompetenz von Menschen mit Migrationshintergrund“ betrachtet, in Marburg-Biedenkopf die „aufsuchende

Elternschule, Hausaufgabenhilfe, Lernförderung, Stabstelle Büro für Integration, Willkommensempfang für Neubürger“.

Basisdaten der ausgewählten Kommunen:

	Stadt Neu-Isenburg	LK Marburg-Biedenkopf
Einwohner	ca. 36.000	ca. 250.000
Ausländeranteil	17,3 %	7,4 %
Bürgermeister/Landrat	Herbert Hunkel, parteilos	Robert Fischbach, CDU